

Ministerpräsident des Landes
Brandenburg
Herrn Matthias Platzeck
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

Geschäftsführung

Kurfürstenstrasse 131
10785 Berlin
Tel. 030 / 26 39 38 - 0
Fax: 030 / 26 39 38 - 29

Mail: contact@sovd-bbg.de
Web: www.sovd-bbg.de

Berlin, 04. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Matthias,

heute möchten wir uns mit einem spezifischen Anliegen an Sie wenden: Am 14 Oktober wird der Bundesrat über den Gesetzentwurf zur „Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ beschließen. Wir möchten hiermit unsere gravierenden Bedenken und Anregungen mitteilen und Sie dringend ersuchen, diesem Gesetzentwurf so nicht zuzustimmen.

Die Ausweitung der Privatisierung durch Einschaltung externer Dienstleister bei der Vermittlung wird die Beschäftigungschancen der benachteiligten Personengruppen am Arbeitsmarkt weiter verschlechtern. Unsere Sorge als SoVD gilt vor allem den älteren, behinderten und schwerbehinderten Menschen. Zudem wird diese Gesetzesnovelle der UN Behindertenrechtskonvention in keinem Fall gerecht. Für behinderte Menschen ist die Arbeitslosigkeit trotz verbesserter Konjunktur und Beschäftigung nicht zurückgegangen; bei Schwerbehinderten ist sie sogar weiter angestiegen. Notwendig ist gerade für diese Arbeitnehmer/innen umgekehrt eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Beratung und Vermittlung in den Arbeitsagenturen und Job Centern.

Besonders gravierend sind die Verschlechterungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung. Zwar sind die Einschränkungen bei den Ein Euro Jobs richtig. Denn nur in wenigen Fällen führen sie aus der Hartz IV Falle. Nicht zu rechtfertigen ist jedoch, dass etwa die Hälfte dieser Ein Euro Jobs ersatzlos wegfallen wird. Die betroffenen arbeitslosen Menschen bleiben mithin ohne Alternative. Dringend erforderlich wäre deshalb die Stärkung der bislang vorhandenen Instrumente zur Eingliederung in existenzsichernde Beschäftigung mit Tariflöhnen und ausreichender sozialer Sicherung gewesen. Genau diese Maßnahmen werden jedoch ersatzlos gestrichen. Dies dürfte für die von der besonders hohen Langzeitarbeitslosigkeit in Brandenburg betroffenen Menschen, die auf den öffentlichen Beschäftigungssektor angewiesen sind, verheerende Auswirkungen haben.

Zudem wird dieser Gesetzentwurf infolge der gleichzeitigen massiven Kürzungsvorgaben der Bundesregierung bei der Arbeitsmarktpolitik missbraucht. Für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahren nur noch etwa die Hälfte der Mittel zur Verfügung stehen. Es ist daher erforderlich, diese ungerechtfertigten Kürzungsvorgaben bei der Arbeitsmarktpolitik zurückzunehmen.

Mit dem dringenden Ersuchen um Ihre Unterstützung bei der erforderlichen Veränderung dieses Gesetzentwurfs verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Ursula Engelen-Kefer
Vorsitzende des Sozialpolitischen
Ausschusses

Michael Wiedeburg
Landesvorsitzender